Aufgaben und Leistungen der Landesverbände der gewerblichen Berufsgenossenschaften

Die Landesverbände der gewerblichen Berufsgenossenschaften (LVBG) sind unselbstständige Untergliederungen des Hauptverbands der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG). Ab dem 01.06.2007 entsteht durch Fusion von HVBG und dem Bundesverband der Unfallkassen (BUK) der neue Dachverband Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV). Damit stellt sich die Frage nach den zukünftigen Strukturen und den zukünftigen Aufgaben der Landesverbände.

Reformbestrebungen in der gesetzlichen Unfallversicherung

Im Zuge der Reformbestrebungen in der gesetzlichen Unfallversicherung werden Aufgaben, Leistungen und Organisation der Landesverbände der gewerblichen Berufsgenossenschaften auf den Prüfstand gestellt.

Was bedeutet heute Reform? Nach konservativer Auslegung, laut Duden, bedeutet Reform „Umgestaltung, Verbesserung des Bestehenden, Neuordnung ...“.

Die Online-Enzyklopädie *Wikipedia* definiert Reform etwas anders: „... größere, planvolle und gewaltlose Umgestaltung bestehender Verhältnisse und Systeme“ (<http://de.wikipedia.org/wiki/Reform>). Kennzeichnend sei nicht selten der Gedanke, dass sie, die Reform, den Menschen wehtun müsse.

Der eher konservativen Auslegung des Reformbegriffs ist in diesem Zusammenhang der Vorzug zu geben.

Landesverbände der gewerblichen Berufsgenossenschaften

Struktur und Funktion

Wenn Aufgaben und Leistungen der Landesverbände unter dem Blickwinkel von Reformbestrebungen betrachtet werden, muss zunächst die Frage nach der Funktion der Landesverbände (Abb. 1) gestellt werden. Die Landesverbände schlie-

ßen Verträge mit den Leistungserbringern in Vertretung für die Unfallversicherungsträger und pflegen diese, d. h. bei jeder Veränderung, sei es durch Arztwechsel, Veränderungen bei den Klinikträgern, Änderungen der Anforderungen u.v.a.m., ist es erforderlich, Verträge anzupassen oder neue Verträge abzuschließen.

Diese Arbeit leisten die 6 Landesverbände (Abb. 2), die jeweils für bestimmte Länder zuständig sind. Bis auf das Land Rheinland-Pfalz, für das derzeit 3 Landesverbände zuständig sind, decken sich die Ländergrenzen mit den Zuständigkeitsbereichen der jeweiligen Landesverbände. Künftig sollte für das Land

Abb. 1 ▲ Funktion der Landesverbände. BGSW berufsgenossenschaftliche stationäre Weiterbehandlung, EAP erweiterte ambulante Physiotherapie, D-Arzt Durchgangsarzt, H-Arzt an der besonderen Heilbehandlung beteiligter Arzt, LVBG Landesverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften, UV Unfallversicherung, VAV Verletzungsartenverfahren

Abb. 2 ▲ Regionale Struktur der Landesverbände

Rheinland-Pfalz ein Landesverband und sinnvollerweise derjenige, dessen Verwaltungssitz in der Hauptstadt des Landes Rheinland-Pfalz, nämlich Mainz, liegt, zuständig sein. Dies ist der LV Hessen-Mittelrhein-Thüringen. Damit wären die Zuständigkeitsgrenzen der 6 Landesverbände mit den 16 Ländergrenzen deckungsgleich.

Nach der derzeit noch gültigen Satzung des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften (HVBG) sind die Landesverbände unselbstständige Untergliederung des Hauptverbandes, im Grunde somit Abteilungen des Hauptverbandes. Gleichzeitig sind die Landesverbände jedoch im Auftragsverhältnis auch

für die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und die öffentlichen Unfallversicherungsträger tätig. Das heißt, vom Landesverband abgeschlossene Verträge gelten auch für die Verwaltungen der landwirtschaftlichen BGen und der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand.

Ab dem 01.06.2007 soll ein neuer Dachverband mit der Bezeichnung Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV) durch Fusion des HVBG mit dem BUK entstehen. Damit wird sich die Zuständigkeit der Landesverbände als unselbstständige Untergliederungen, nunmehr des DGUV, quasi automatisch auch auf die Unfallversicherungsträger der öf-

fentlichen Hand erstrecken. Für ein Tätigwerden für die landwirtschaftlichen BGen ist jedoch nach wie vor eine Beauftragung erforderlich.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass eine Reform der Landesverbände nicht vom Gesetzgeber angemahnt oder gefordert wird, sondern ein Überdenken der Aufgaben und der Organisation der Landesverbände sich im Zusammenhang mit der Bildung des neuen Dachverbandes DGUV „aufdrängt“.

Die Besonderheit der Landesverbände, die nach der Satzung einerseits „unselbstständige Untergliederungen“ des HVBG sind, andererseits jedoch aufgrund ihrer Organisation mit einer Landesverbandsversammlung, einem Vorstand, einem Geschäftsführer und einem eigenen Haushalt eher wie ein eigenständiger Verein oder Verband anmuten, führt dazu, auch über die künftige Organisation nachzudenken.

Ist es zwingend erforderlich, dass die unselbstständigen Untergliederungen über eine Landesverbandsversammlung jeweils ihre eigenen Haushalte feststellen, oder bietet es sich nicht eher an, Ausgaben und Einnahmen der Landesverbände im Rahmen des Haushaltsverfahrens der DGUV beschließen zu lassen?

Auch wenn der Begriff Vorstand eher auf eine Eigenständigkeit eines Verbandes hindeutet, scheint es gleichwohl sinnvoll zu sein, die regionale Präsenz der Landesverbände durch die Selbstverwaltung zu stärken. Dies könnte etwa durch einen „Landesverbandsbeirat“ anstelle eines „Vorstands“ geschehen. Entscheidend ist, dass Vertreter der Selbstverwaltung mit ihren vielfältigen Kontakten und ihrem Know-how in die regionalen Strukturen eingebunden werden.

Dass bei Reformüberlegungen auch die Aufgaben der Geschäftsführer zu überdenken sind, soll nur am Rande erwähnt werden.

Aufgaben und Leistungen

Aufgaben und Leistungen der Landesverbände liegen sowohl auf dem Gebiet der Prävention als auch im Bereich der Rehabilitation.

Prävention. Beispielhaft seien folgende Aufgaben im Bereich der Prävention kurz dargestellt:

- Koordinierung der Zusammenarbeit mit den Arbeitsschutzbehörden der Länder, die von den bei den Landesverbänden angesiedelten landesbezogenen Stellen wahrgenommen wird;
- Schulungen, z. B. sicherheitstechnische Seminare für Berufsschullehrer oder die alljährlich bundesweit stattfindende Aktion „Jugend will sich-er-leben“;
- Informationsveranstaltungen z. B. Präsentationen von Präventionsmaßnahmen der gesetzlichen Unfallversicherung auf Messen und Ausstellungen.

Rehabilitation. Besonders interessieren hier jedoch die Aufgaben und die Leistungen der Landesverbände auf dem Gebiet der Rehabilitation. Die folgende Aufzählung ist sicher nicht abschließend; sie soll jedoch einen Eindruck von der Vielfältigkeit der Aufgabenstellungen der Landesverbände vermitteln:

- Die Landesverbände beteiligen Durchgangs- (D-)Ärzte, H-Ärzte, Kliniken sowie Einrichtungen der Berufsgenossenschaftlichen Stationären Weiterbehandlung (BGSW) und erweiterten Ambulanten Physiotherapie (EAP) an den Heilverfahren der Unfallversicherung. Es handelt sich dabei um rund 3500 Verträge mit D-Ärzten, 3200 Verträge mit H-Ärzten, 604 Verträge mit Kliniken, die zum Verletzungsartenverfahren (VAV) zugelassen sind, und 625 Verträge mit BGSW-Kliniken und EAP-Einrichtungen.
- Die Landesverbände führen Seminare und Kurse für am BG-Heilverfahren beteiligte Ärzte, das ärztliche Assistenzpersonal und für die Sachbearbeiter der berufsgenossenschaftlichen Verwaltungen durch. Zum Beispiel wurde die „Unfallmedizinische Tagung 2007“, selbstverständlich mit wesentlicher Beteiligung des wissenschaftlichen Leiters dieser Tagung, dem Beratenden Arzt des Landesverbandes, Herrn Prof. Dr. Bühnen, von den Mitarbeitern des Landesver-

bandes Bayern und Sachsen organisiert und vorbereitet.

- In „Heilverfahrensausschusssitzungen“ werden Informationen der Mitgliedsverwaltungen über die praktische Umsetzung der berufsgenossenschaftlichen Heilverfahren, über Gutachtertätigkeiten, über die Steuerung des Heilverfahrens und andere Themen aus dem Bereich der gesetzlichen Unfallversicherung ausgetauscht und die Besprechungsergebnisse in der täglichen Arbeit umgesetzt.
- Die Landesverbände organisieren den Besuchsdienst an Kliniken und Rehabilitationseinrichtungen, mit dem eine möglichst frühzeitige Steuerung der Heilbehandlung sichergestellt werden soll; dabei werden deutschlandweit an mehr als 1000 Kliniken jährlich 25.000 Beratungen vorgenommen.
- Es werden Modellprojekte aufgelegt, wie z. B. die handchirurgische Versorgung durch Hinzuziehung von Handchirurgen verbessert oder die Behandlung posttraumatischer Belastungsstörungen durch Hinzuziehung ärztlicher und psychologischer Psychotherapeuten optimiert werden kann.
- Die Mitarbeiter der Landesverbände stehen sowohl für Ärzte, Kliniken und BGSW-Einrichtungen als auch für die angeschlossenen Mitgliedsverwaltungen in allen Fragen, die sich aus den bestehenden vertraglichen Beziehungen (z. B. zu Verfahrensweisen oder Abrechnungsproblemen) ergeben können, zur Verfügung.
- Im Rahmen von Reformüberlegungen sind selbstverständlich alle Aufgaben daraufhin zu überprüfen, ob sie ggf. noch effizienter und optimierter ausgeführt werden können.

Vorteile dezentraler und regionaler Strukturen

Im Rahmen von Reformüberlegungen sollten jedoch die Vorteile dezentraler

Trauma Berufskrankh 2008 · 10
[Suppl 1]:81–84
DOI 10.1007/s10039-007-1271-y
© Springer Medizin Verlag 2007

P. Klementz

Aufgaben und Leistungen der Landesverbände der gewerblichen Berufsgenossenschaften

Zusammenfassung

Im Zuge der Reformbestrebungen in der gesetzlichen Unfallversicherung werden auch Aufgaben, Leistungen und Organisation der Landesverbände der gewerblichen Berufsgenossenschaften auf den Prüfstand gestellt. Im Rahmen von Reformüberlegungen sollten jedoch die Vorteile dezentraler und regionaler Strukturen nicht außer Acht gelassen werden. Als Fazit ergibt sich: Die Landesverbände als Bindeglied zwischen Vertragspartnern und Unfallversicherungsträgern sind notwendig.

Schlüsselwörter

Gesetzliche Unfallversicherung · Reformbestrebungen · Landesverbände

Responsibilities and achievements of the Regional Associations of Institutions for statutory accident insurance

Abstract

As a consequence of the attempts to reform the statutory accident insurance, the responsibilities, achievements and organisation of the regional associations are also under scrutiny. However, within the realms of reform considerations the advantages of decentralised and regional structures should not be disregarded. The conclusion is that the regional associations are necessary links between the contract partners and the institutions for statutory accident insurance and prevention.

Keywords

Statutory insurance · Reform attempts

und regionaler Strukturen nicht außer Acht gelassen werden:

- Von besonderer Bedeutung sind die persönlichen Kontakte auf Länderebene, z. B. zu Ministerien, Ärztekammern, Krankenhausgesellschaften, Innungen, kassenärztlichen Vereinigungen, Krankenkassenverbänden usw.
- Weiterhin ist die Kenntnis von länderspezifischen Besonderheiten wie der Landesgesetzgebung, des autonomen Rechts oder der Verwaltungspraxis in den jeweiligen Ländern (z. B. Rettungsdienstgesetze, Berufsordnungen für Ärzte) vorteilhaft.
- Durch eine dezentrale Organisation ergeben sich für alle Beteiligten kurze Wege und dadurch eine Vereinfachung von Organisation und Durchführung von Besichtigungen, Besprechungen oder Seminaren.
- Alle vorgenannten Vorteile führen naturgemäß zu Einsparungen von Zeit und Kosten.

Auf einen weiteren Vorteil dezentraler Strukturen soll noch hingewiesen werden:

Mehrere auf gleichem Gebiet tätige Organisationen stehen in einem Wettbewerb; sie entwickeln neue Ideen, sind kreativ und vergleichen sich („benchmarking“).

Bei allfälligen Reformüberlegungen sind natürlich auch die Vorteile bestehender Organisationseinheiten zu beachten, die da sind:

- Nutzung bestehender Ressourcen,
- Nutzung des vorhandenen personalgebundenen Know-hows sowie
- Akzeptanz und Erleichterung von Aufgabenerledigungen, die langjährige persönliche Kontakte mit Vertragspartnern bieten.
- Nutzung bestehender Netzwerke oder „cluster“, die von anderen Organisationen erst mühsam aufgebaut werden müssten.

Fazit

Als Fazit bleibt festzuhalten:

- Die Beibehaltung dezentraler Strukturen ist sinnvoll und zweckmäßig!

- Die Landesverbände als Bindeglied zwischen Vertragspartnern und Unfallversicherungsträgern sind notwendig!

Dies sollte bei einer Reform, d. h. bei einer „Verbesserung des Bestehenden“ berücksichtigt werden.

Nach wie vor gilt also die Feststellung von Herrn Dr. Roewer, einem Vorgänger von Herrn Dr. Breuer, die dieser als Geschäftsführer des Verbandes der Berufsgenossenschaften anlässlich von im Jahr 1931 laufenden Reformdiskussionen getroffen hat:

„Jede Verwaltungsreform ist nur insoweit gerechtfertigt, als durch sie Fehler der vorhandenen Organisation ohne Beeinträchtigung ihrer Vorzüge beseitigt werden ...“.

Korrespondenzadresse

P. Klementz

Landesverband Bayern und Sachsen
der gewerblichen Berufsgenossenschaften,
Am Knie 8, 81241 München
klementz@holz-bg.de

Interessenkonflikt. Der korrespondierende Autor gibt an, dass kein Interessenkonflikt besteht.